

Engagement vor Ort: Ein Beitrag zur Sicherung der Demokratie?

Die Bedeutung regionaler Strukturbedingungen für die Integrationskraft der Demokratie

1. Einleitung

Seit Jahren weist der Freiwilligensurvey 2019 (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2023) das hohe Engagement, aber auch Engagementpotenzial in der deutschen Bevölkerung aus. Engagement ist unverzichtbar für eine lebendige Demokratie, so die Annahmen, die mit der Förderung freiwilligen Engagements durch Bund und Länder verbunden sind. Das Engagementniveau der bundesdeutschen Bevölkerung schwankt und verändert sich je nach Engagementfeld, ist aber im Prinzip sehr stabil. Engagementpeaks, etwa in Zusammenhang mit der Dynamik der geflüchteten Menschen 2015, kennen historische Hintergründe und Auslöser. Das Gleiche gilt für engagementstypische Formen der Engagementmüdigkeit.

Im Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung sollte untersucht werden, welche Bedeutung bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt für die regionale Entwicklung und Aufgaben der Daseinsvorsorge in Zeiten demografischen und gesellschaftlichen Wandels spielen (können) (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] 2016). Bei den Analysen zum Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung wurden die regionalen Unterschiede hinsichtlich des Engagementniveaus in vielfältiger Weise herausgearbeitet und zugleich problematisiert (vgl. ebd.).

Es wurde aber nicht nur auf der örtlichen Ebene geschaut, welche Ausprägungen und Hintergründe das jeweilige Engagement aufweist. Der Frage, welche Einflussgrößen auf nationaler Ebene verantwortlich sind für die Ausprägung des Engagements und des Engagementniveaus, wurde in einer sekundäranalytischen Studie zum zivilgesellschaftlichen Engagement in Europa näher untersucht (vgl. Blinkert/Klie 2018). Die Ergebnisse sind vor dem aktuellen politischen Hintergrund und angesichts der politischen Dynamik in Deutschland und Europa von einigem Belang.

Im Zusammenhang mit den Arbeiten am Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung wurde mit Unterstützung des damaligen BMFSFJ eine Berichterstattung begründet, die unter »Monitoring »Demokratische Integration«« firmiert. Sie dient dazu, die regionalen Unterschiede in den Engagementniveaus nicht nur zwischen Ost und West, sondern innerhalb Deutschlands insgesamt zu erklären (vgl. Blinkert et al. 2019). Dieses Monitoring wurde 2023 wiederholt (vgl. Spiegel 2024). Waren im Jahr 2019 noch die markanten Unterschiede durch Strukturbedingungen von Regionen mit einer hohen Varianzerklärung analysiert worden,

konnten diese Zusammenhänge bei dem Monitoring Demokratische Integration 2.0 nicht mehr in gleicher Weise bestätigt werden. Ost-West-Differenzen, aber auch generelle politische und gesellschaftliche Dynamiken haben sich gewissermaßen ›über‹ die regionalen Einflussgrößen gelegt. In diesem Beitrag sollen auf der Basis der Studien zum Monitoring ›Demografische Integration 2.0‹ (vgl. Klie 2024; Haumann 2024; Spiegel 2024) wesentliche Erträge referiert werden.

2. ›Demokratische Integration‹

Im Zusammenhang mit den Arbeiten am zweiten Engagementbericht der Bundesregierung wurden sowohl auf nationalstaatlicher Ebene im Vergleich von EU-Mitgliedstaaten als auch auf der Ebene von Regionen Einflussgrößen für das ausgemacht, was wir unter demokratischer Integration verstehen (vgl. Blinkert/Klie 2018). Für die europäische Ebene wurden Indikatoren für zivilgesellschaftliches Engagement im European Social Survey (ESS) identifiziert, die die Unterschiede der Engagementniveaus zwischen den europäischen Staaten im hohen Maße erklären: Zivilgesellschaftliches Engagement als eine soziale Struktur konnte durch andere soziale Strukturen erklärt werden. Es wurden Strukturmerkmale benannt, die auf eine zivilgesellschaftliche Verfasstheit der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten verweisen (vgl. ebd.: 403). Dazu gehörte unter anderem der Index der Rechtsstaatlichkeit, der Korruptionskontrolle, der Sozialausgaben und der Partizipation. Es wurde seinerzeit danach gefragt, woraus die sehr hohe Korrelation zwischen den Indikatoren für eine Zivilgesellschaft und den Durchschnittswerten für zivilgesellschaftliches Engagement entsteht. Vier hypothetische Antworten wurden gegeben:

- *Sicherheit* – die strukturellen Merkmale einer Zivilgesellschaft eröffnen einen Möglichkeitsraum für zivilgesellschaftliches Handeln von Individuen in einer Gesellschaft. Die nötige Sicherheit motiviert Menschen, sich nicht nur mit ihrer persönlichen Situation auseinanderzusetzen, sondern auch das Gemeinwesen nicht aus dem Blick zu verlieren.
- *Identifikation* – in einer Gesellschaft, in der zivilgesellschaftliche Strukturen im hohen Maße verwirklicht werden, identifizieren sich Menschen sehr viel stärker mit dem Gemeinwesen als in Gesellschaften, in denen das nicht der Fall ist. Insbesondere der Konsens hinsichtlich der Grundwerte von Kultur und Gesellschaft trägt dazu bei, dass Menschen bereit sind, sich für das Gemeinwesen zu engagieren.
- *Systemvertrauen* – in Gesellschaften, in denen das Leben durch zivilgesellschaftliche Strukturen geprägt wird, haben Menschen ein hohes Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen. Dazu trägt die Rechtsstaatlichkeit ebenso bei wie die wirkungsvolle Kontrolle von Korruption und die Gewährleistung von Grundfunktionen der Daseinsvorsorge.

- *Vorbildlichkeit* – zivilgesellschaftliches Engagement wird für sich genommen zu einer sozialen Struktur, in dem es mit großer Häufigkeit auftritt und dadurch sichtbar wird. Es gehört zur gesellschaftlichen Normalität. Gelingt dies, gewinnt die Orientierung am Gemeinwesen einen hohen Aufforderungscharakter.

Diese auf europäische Nationalstaaten bezogene Analyse wurde im Monitoring Demokratische Integration 1.0 auf die Regionen in Deutschland, genauer auf die 96 Planungsregionen übertragen. Lassen sich Strukturmerkmale von Regionen identifizieren, die im Sinne von sozialen Strukturen das erklären, was unter demokratische Integration verstanden wird: das Niveau von Engagement, Wahlbeteiligung und Systemvertrauen? Das war die leitende Frage für das Monitoring.

2.1 Aktuelle Dynamiken und Engagement

Regionsunabhängig ist in Ost und West von Engagementmüdigkeit die Rede, von der Krise unserer Demokratie. Das Vertrauen in die staatlichen Institutionen hat in den letzten Jahren gelitten. Die Herausforderungen für die Zukunft, ökonomisch, ökologisch, demokratisch und hinsichtlich der globalen Krisenherde – sie nehmen zu. Einfache Lösungen gibt es nicht. Sie werden aber gewünscht und eingefordert. Die Demokratie der letzten Jahrzehnte basierte auf Wohlstand, Wirtschaftswachstum und weithin eingelöste Sicherheitsversprechen. In allen Regionen ging und geht es Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland seit den 2000er Jahren (ökonomisch) besser. Das gilt, wie wir im Monitoring Demokratische Integration 1.0 darstellen konnten, ausnahmslos für alle Regionen Deutschlands (vgl. Blinkert et al. 2019) – allerdings konnte ein sog. Fahrstuhleffekt festgestellt werden: der relative Abstand der Regionen zueinander blieb gleich oder verstärkte sich. Das Monitoring Demokratische Integration 2.0 fällt in die Zeit grundlegender Transformationen und ist in seinen Befunden insofern in mehrfacher Hinsicht zu kontextualisieren. Nach der demokratischen Grundordnung und in einem demokratischen Gesellschaftsverständnis lebt Demokratie nicht allein von Wahlen, sondern von der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch die Bürgerinnen und Bürger – und dies in vielfältiger Weise. Engagement und Demokratie sind, so hat es schon der Zweite Engagementbericht der Bundesregierung betont, zwei Seiten einer Medaille (vgl. BMFSFJ 2016). Das Engagement ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen – in den meisten Bundesländern, besonders etwa in Thüringen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2024). Gleichzeitig wird etwa von der BAGFA (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen) berichtet, dass in einer Reihe von Engagementbereichen, etwa in der Unterstützung von Geflüchteten, »Engagementmüdigkeit« zu spüren ist. Das Klima und die Stimmung gegenüber Geflüchteten spielen dabei eine nicht unwesentliche Rolle.

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger wird durch vielfältige Maßnahmen unterstützt, durch Freiwilligenagenturen, durch Engagementförderprogramme in unterschiedlichen Feldern, vom Sport über Kultur bis zu Sozialem

und Gesundheit. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und der Bundesfreiwilligendienst stellen weiterhin im hohen Maße nachgefragte Angebote gerade für junge Menschen oder Menschen in biografischen Übergangssituationen dar. Auch die politische Bildung spielt im Kontext der Engagement- und Demokratieförderung eine wichtige Rolle.

Der Vielfalt des Engagements und seiner Förderung entspricht die Vielfalt politischer und demokratischer Partizipation, die in der Beteiligung an Wahlen, der Mitwirkung in Parteien, in der Bewerbung um Mandate in Parlamente, in Bürgerentscheiden, in Bürgerinitiativen, in Bürgerräten, Beschwerden, Petitionen, aber auch Demonstrationen ihren Ausdruck findet. Die Vielfalt des Engagements und die Vielfalt politischer und demokratischer Partizipation sind Ausdruck einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer lebendigen Demokratie. Sie sind in Deutschland fest verankert, allerdings nicht überall in gleicher Weise. Die Zusammenhänge zwischen politischer Partizipation, Engagement und Systemvertrauen wurden wieder bestätigt, auch im Monitoring Demokratische Integration 1.0.

Aktuell gerät die Demokratie in Deutschland in Turbulenzen. Rechtsextremismus, verbreiteter Rechtspopulismus, im Zusammenhang mit dem Nahost-Krieg aufkeimender Antisemitismus und offenbar tief in der Haltung von Teilen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland verankerter Rassismus stellen sich als Bedrohung der Demokratie dar. Diese Bedrohungen wurden zuerst in den ostdeutschen Bundesländern sichtbar – insbesondere in dem Erfolg der rechtspopulistischen und rechtsextremistisch bewerteten Partei der AfD. Zunehmend aber zeigen sich gegen Minderheiten gerichtete Ressentiments und antidemokratische Züge auch in Westdeutschland. Es steht zu befürchten, dass die Polarisierungen weiter zunehmen und bei zu erwartenden Einschränkungen in Wohlfahrtsstandards und Lebensstilen – die Auseinandersetzungen eher zunehmen und sich verhärteten werden (vgl. Rucht in Haak 2024: 8). Gerade in diesen Zeiten spielt das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, das auf die Daseinsvorsorge, auf die Bedingungen guten Lebens für alle Bürgerinnen und Bürger, auf kulturelle Lebendigkeit und Integration zielt, eine zentrale Rolle. Auch dürfen die Dynamiken auf der nationalen Ebene der Bundesrepublik Deutschland nicht den Blick darauf verstellen, welche Bedingungen vor Ort für Engagement und Demokratie sowie Systemvertrauen von Bedeutung sind. Um diese Fragen geht es im Monitoring Demokratische Integration.

2.2 *Das Monitoring Demokratische Integration 2.0*

Das Monitoring Demokratische Integration 2.0 wurde von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) in Auftrag gegeben. Die Gründung der DSEE geht u. a. auf die Empfehlungen der Kommission ›gleichwertige Lebensverhältnisse‹ zurück. Der Freiwilligensurvey (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2023) dokumentiert die großen Unterschiede im Niveau und im Ausmaß des Engagements in Deutschland. Die Unterschiede fin-

den sich nicht nur für die Bundesländer, sondern, wie bereits im Monitoring Demokratische Integration dargelegt, auch auf regionaler Ebene (vgl. Abbildung 1).

Die Kommission zur Erstellung des Zweiten Engagementberichts der Bundesregierung hatte die Aufgabe, den Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung herauszuarbeiten. Die Bundesregierung ging davon aus, dass das bürgerschaftliche Engagement in seinen vielfältigen Formen für die individuelle Teilhabe, gesellschaftliche Integration, das wirtschaftliche Wachstum, den Wohlstand, das kulturelle Leben, aber auch für die demokratischen Strukturen unerlässlich ist und damit eine wichtige Rolle bei der Bewältigung von Herausforderungen und Problemen unserer Gesellschaft spielt (vgl. BMFSFJ 2016). Wie erklären sich die Unterschiede des Engagementniveaus in Deutschland? Auch diese Frage wurde im Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung intensiv diskutiert und führte zu dem Monitoring Demokratische Integration in Deutschland (vgl. Klie 2019). Lassen sich auf der Basis von verfügbaren Datensätzen Erklärungen für die Unterschiede im Engagementniveau ableiten? Auf den von der Bundesregierung mit der Beauftragung zum Zweiten Engagementbericht formulierten Annahmen, dass Engagement, Demokratie, gesellschaftlicher Zusammenhalt aber auch Systemvertrauen zusammenhängen, basierte das Monitoring Demokratische Integration 1.0. Für die staatlichen Fördermaßnahmen könnte es maßgeblich sein, auf regionale Unterschiede zu reagieren und auf sie bei Maßnahmen zur Förderung des Engagements besonders Rücksicht zu nehmen. Aber nicht nur regional sensible Fördermaßnahmen, die von der DSEE und in vielfältiger Weise von Bund und Ländern finanziert und unterstützt werden, lassen sich als Schlussfolgerung aus regionalen Differenzen im Engagementniveau und den Erkenntnissen des Monitorings Demokratische Integration ableiten, sondern auch strukturpolitische Maßnahmen, wenn sich denn Strukturmerkmale als maßgeblich für die Demokratische Integration erweisen (vgl. Klie et al. 2019). Mit dem Monitoring Demokratische Integration in Deutschland wurde seinerzeit in mancherlei Hinsicht Neuland in der empirischen Demokratie- und Engagementforschung betreten; Nicht auf Personenmerkmale, sondern auf Strukturmerkmale von Regionen hebt das Monitoring ab und kommt auf diese Weise zu für die Politik sowohl in analytischer als auch in strategischer Hinsicht bedeutsamen Erkenntnissen: Es lassen sich, so das Ergebnis des Monitorings Demokratische Integration 1.0, belastbare Erklärungen für die unterschiedlichen Grade demokratischer Integration im Sinne von Wahlbeteiligung und Engagement identifizieren.



Abbildung 1: Engagementquote 2014 nach Raumordnungsregionen
(Quelle: Klie 2019: 3)

Ein Monitoring ist auf Dauer angelegt und nicht als Einzelbeobachtung konzipiert. Mit der Beauftragung des Monitorings Demokratische Integration 2.0 durch die DSEE konnte die Monitoring Idee weiterentwickelt und umgesetzt werden. Dabei war das Monitoring Demokratische Integration 2.0 in der methodischen Anlage mit mannigfachen Herausforderungen konfrontiert (vgl. Spiegel 2024). Eine kontinuierlich nutzbare und auf die 96 Planungsregionen in Deutschland auswertbare Datenlage mit den relevanten empirischen Informationen lag und liegt nicht in verlässlicher und kontinuierlich sichernder Weise vor. Relevante Befragungsinstrumente und Surveys änderten ihre Fragen. Es ist zudem nicht gelungen, die für das Monitoring Demokratische Integration relevante Items in den SOEP aufnehmen zu lassen. Insofern war es methodisch nicht (einfach) möglich, ein Monitoring mit kontinuierlich zur Verfügung stehenden und aktuellen Datensätzen fortzuführen. Die schon im Monitoring Demokratische Integration 1.0 als bedeutsam erachtete Dimension des Systemvertrauens konnte nunmehr mithilfe des Freiwilligensurveys 2019 einbezogen werden – allerdings ohne die Möglichkeiten eines Vergleichs mit dem ersten Monitoring. Für die Zukunft sieht der Freiwilligensurvey Fragen zum Systemvertrauen nicht mehr vor. In der Vorbereitung des Monitorings Demokratische Integration 2.0 wurde geprüft und in Workshops beraten, auf welche bisher bereits genutzte, aber gegebenenfalls auch zusätzlich relevanten und verfügbaren Datensätze für das Monitoring Demokratische Integration 2.0 zurückgegriffen werden kann (vgl. Dokumentation der Vorstudie: Klie 2021).

Es waren aber nicht nur methodische und Fragen der Verfügbarkeit von Datensätzen, die sich als Herausforderung für das Monitoring Demokratische Integration 2.0 stellten. Deutschland, aber auch die Europäische Union insgesamt, waren und sind von sehr grundlegenden und weitreichenden Dynamiken infolge von Krisensituationen und politischen Dynamiken erfasst. Dazu gehörte die Coronapandemie, dazu gehören der Ukrainekrieg, der Krieg in Nahost, der Klimawandel, aber auch das Erstarken rechtspopulistischer und -extremistischer Parteien in Deutschland und Europa. Kann angesichts dieser zum Teil grundlegenden gesellschaftlichen Krisen und Veränderungsprozesse weiterhin von den Zusammenhängen ausgegangen werden, die beim Monitoring Demokratische Integration 1.0 als Annahme dienten und bestätigt werden konnten? Hängen Engagement, Wahlbeteiligung und Systemvertrauen weiterhin in gleicher Weise zusammen? Um diesen Fragen nachzugehen, auch im Sinne einer ›Eichung‹ des für das Monitoring Demokratische Integration genutzten Datenmaterials, wurden zwei repräsentative Bevölkerungsbefragungen durch das Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt (vgl. Haumann 2024). Ähnlich wie Steffen Mau et al. (2023) in ihren Studien, kommt auch Haumann zu dem Ergebnis, dass trotz der Krisen, trotz der gesellschaftlichen und politischen Dynamiken, der gesellschaftliche Zusammenhalt weiter hoch, wesentliche Werte von einem Großteil der Bevölkerung geteilt und Demokratie als die bevorzugte und beste Gesellschaftsform akzeptiert und unterstützt werden. Die öffentlichen Debatten und die sich

polarisierenden gesellschaftlichen Diskurse verstellen den Blick auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Dabei sind allerdings die von Mau und Kollegen herausgearbeiteten Triggerpunkte durchaus als gefährliche Katalysatoren einer Polarisierung gesellschaftlicher Gruppen und der Erosion eines zumindest politischen Zusammengehörigkeitsgefühls auszumachen (vgl. Interview mit Steffen Mau und Hartmut Rosa: Rabe 2024). Umso wichtiger erscheinen in diesem Zusammenhang Erfahrungen gesellschaftlicher Mitwirkung in den unterschiedlichen Formen von Engagement und Ehrenamt, da sie am ehesten den (örtlichen) Zusammenhalt stärken und die Erfahrung gesellschaftlicher und demokratischer Mitgestaltung vermitteln. Dass dies der Fall ist, wird auch in den von Haumann zusammengefassten Vorstudien deutlich belegt (vgl. Haumann 2024). Was allerdings die Vorstudien ebenso erkennen lassen, ist eine zunehmende Differenz und Diskrepanz zwischen Einstellungen, Haltungen und Erfahrungen zwischen Ost und West. Das Vertrauen in staatliche Institutionen, das Systemvertrauen, ist in ostdeutschen Bundesländern deutlich geringer ausgeprägt als in westdeutschen Bundesländern. Protesthaltungen nehmen in Ostdeutschland einen deutlich größeren Raum ein als in Westdeutschland. Auch wird die Demokratie in der westdeutschen Prägung in deutlich geringerem Umfang als in Westdeutschland als die beste Gesellschaftsform angesehen und ihr auch eine geringere Problemlösungskompetenz zugeschrieben. Diese Dynamiken und Unterschiede dürfen nicht übergangen werden. Es sind eben nicht nur, wie in dem Ansatz des Monitorings Demokratische Integration als Fragestellung in den Mittelpunkt gestellt, Strukturbedingungen von Regionen, die das Niveau Demokratische Integration erklären bzw. beeinflussen. Es sind auch Ost-West-Differenzen als solche, die ihre Wirkung entfalten.

»Die Institutionen einer demokratischen Regierungsform sind zwar notwendig, aber keineswegs hinreichend für ein lebendiges und erfolgreiches demokratisches Gemeinwesen« (Klie 2019: 1). Eine zentrale Bedeutung wurde schon beim Monitoring Demokratische Integration 1.0 einer Kultur der Demokratie zugeschrieben, die auf den Orientierungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung beruht. Diese dokumentiert sich u. a. in dem Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse, in der Nutzung von Partizipationsmöglichkeiten und in dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen. Diese Bedingungen konstituieren das, was wir als demokratische Integration der Bevölkerung bezeichnen und was im Zentrum des Monitoring-Ansatzes steht. Demokratische Integration im Sinne des Monitorings wird als Eigenschaft von territorialen Aggregaten, von Ländern, Gemeinden und anderen Regionen verstanden. Sie basiert allerdings auf in der Bevölkerung verbreiteten Haltungen, Orientierungen und Verhaltensweisen. Die Daseinsführung des Menschen (vgl. Schulz-Nieswandt et al. 2021: 24) ist in Kontexte eingebunden, in regionale und soziale Bedingungen. Dabei spielen jeweils ›Kapitalien‹ eine Rolle: Humankapital als (qualifizierte) Arbeitskräfte, Sozialkapital als Netzwerke, die soziale Unterstützung, soziale Integration und Rollenangebote anbieten, Vertrauenskapital, d. h. dem Vertrauen in die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Institutionen des Staates und der Gemeinde und der

Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen. Die Nöte, Sorgen und Ängste, die das ›menschliche Drama‹ ausmachen, sie werden in den gemeinsamen Lebensbezügen bearbeitet und wenn es gut geht, durch eine sicherheitsstiftende staatliche Gewährleistung existenzwichtiger Infrastruktur aufgefangen (vgl. Schulz-Nieswandt et al. 2021: 26). Dieses Vertrauen in die Gewährleistung einer sicherheitsstiftenden Infrastruktur, einer im Kernbereich sichergestellten Daseinsvorsorge, sie ist, wie bestätigt werden konnte, Voraussetzung für Systemvertrauen. Daseinsvorsorge, die auch ko-produktive Formen der Daseinsvorsorge kennt, in denen Engagement eine wichtige Rolle spielt, ist wiederum abhängig von Strukturmerkmalen von Regionen: wirtschaftliche Prosperität, Wohlstandsunterschiede, demografischer Druck. Insofern bleiben regionale Einflussfaktoren bedeutsam für das, was wir Demokratische Integration nennen. Allerdings wird die Bereitschaft zum Engagement dort deutlich beeinträchtigt, wo der gesellschaftliche Zusammenhalt vor Ort Schaden leidet, wo sich die Verhärtungen und Polarisierungen auch Eingang in die örtliche Kultur verschaffen und den vor Ort tätigen Gestaltern der örtlichen Angelegenheiten, seien es Kommunalpolitiker*innen, seien es zivilgesellschaftliche Akteure, das Vertrauen in den Respekt gegenüber den von ihnen wahrgenommenen Rollen und Aufgaben abhandenkommt. Die vermehrten Übergriffe auf Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf kommunaler Ebene sind Ausdruck davon, dass der örtliche Gemeinsinn in Gefahr gerät und die für eine genossenschaftliche Lebensweise so bedeutsamen ›vertrauensklimatisierten Räume‹ verloren gehen. Dabei zeigt sich, dass die örtlichen Belange am ehesten in der Lage sind, Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher Orientierungen in ihrem Ringen um die Bedingungen guten Lebens und die Zukunftsfähigkeit ihres Ortes zusammenzubringen (vgl. Adloff et al. 2022).

Demokratie kennt ihren Ursprung vor Ort. Insofern liegen auch und gerade hier die stärksten Resilienzfaktoren für die Demokratie, die es zu bewahren gilt: Auch deswegen der regionale, möglichst sogar der kommunale und sublokale Blick auf die Faktoren, die für die demokratische Integration von Bedeutung sind. In einem subsidiären Staatsverständnis lebt die sicherheits- und vertrauensstiftende Struktur des Gemeinwesens nicht nur aus staatlichen und marktlichen Angeboten, sondern auch und gerade aus der Stabilität von informellen und zivilgesellschaftlichen Strukturen im Sinne einer Miteinanderverantwortung, die sich auch in den vielfältigen Formen des Engagements und Ehrenamtes ausdrückt.

Die Arbeiten an dem Monitoring Demokratische Integration 2.0 fallen in eine Zeit grundlegender gesellschaftlicher Transformation. Dabei bleiben Strukturbedingungen von Regionen maßgeblich für das Systemvertrauen von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch für ihre gesellschaftliche Mitwirkungsbereitschaft. Auch das konnte in den Vorstudien zum Monitoring Demokratische Integration 2.0 herausgearbeitet werden (vgl. Haumann 2024): dass etwa Zweifel an der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung (Verfügbarkeit von hausärztlicher Versorgung und klinischen Angeboten), die Verfügbarkeit von freien Plätzen in Kindertagesstätten und Schulen sowie Infrastrukturen der pflegerischen Versorgung

einen maßgeblichen Einfluss auf das Systemvertrauen haben. Dort, wo grundlegende Infrastrukturen der Daseinsvorsorge als unsicher erscheinen – sei es durch persönliche Erfahrung, öffentliche Diskurse oder soziale Erzählungen – nimmt die Bereitschaft zum Engagement tendenziell ab (vgl. für den Gesundheitssektor: Nagel et al. 2010). Insofern bleibt der Ansatz, der mit dem Monitoring Demokratische Integration 2.0 verfolgt wird, von Bedeutung: Um den Zielsetzungen gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland zu gewährleisten und die Demokratie als Grundlage der Gestaltung des Gemeinwesens zu fördern gerecht zu werden, wird man nicht zuletzt vor dem Hintergrund sich sehr unterschiedlich zeigender demographischer Transformationsprozesse die Strukturmerkmale von Regionen und Infrastrukturen von Regionen, besser noch von Kommunen systematisch in den Blick nehmen müssen. Strukturpolitik von Bund und Ländern spielen dabei ebenso eine Rolle, wie *regional good governance* und kommunale Regierungskunst (vgl. Dehne/Klie 2024). Strukturbedingungen sind keine Determinanten für die demokratische Resilienz von Regionen respektive Kommunen und Gemeinden (vgl. Klie 2023). Es gibt genügend Beispiele dafür, dass in strukturschwachen Regionen, in denen die Strukturbedingungen, die für die demokratische Integration begünstigend wirken, nicht erfüllt sind, gleichwohl eine besondere demokratische und zivilgesellschaftliche Vitalität und Gestaltungskraft zu finden ist (vgl. Dehne/Klie 2024). Eine in die Lebensführung der örtlichen Bevölkerung eingeschriebene Haltung, die Gestaltung von Bedingungen guten Lebens in den kleinen Lebenskreisen auch als eigene Angelegenheit zu verstehen, wirkt in jedem Fall begünstigend. Gefragt sind sachbezogene Bemühungen im Ringen um Bedingungen guten Lebens heute und in der Zukunft vor Ort. Maßnahmen der Bildung und Demokratieförderung sowie der Unterstützung von Engagement können unterstützend wirken. Damit antidemokratische Haltungen und Handlungsformen nicht bis in die kommunalen Strukturen hinein ihre zerstörerische Kraft entfalten, tragen alle Bürgerinnen und Bürger und die maßgeblichen Institutionen von Schulen über Vereine bis hin zu den Unternehmen ihre Verantwortung (vgl. Rucht in Haak 2024).

2.3 Vorstudien: Breite Zustimmung zur Demokratie – ›Neue Entfremdung‹ zwischen Ost und West

Die vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführten Vorstudien 2022 und 2023 dienten, wie bereits ausgeführt, dazu, die dem Konzept des Monitorings Demokratische Integration zugrunde gelegten Zusammenhänge zwischen Wahlverhalten, Engagement und Systemvertrauen angesichts der aktuellen Krisen und Transformationsdynamiken einer Prüfung zu unterziehen. Im Ergebnis konnten die unterstellten und vorausgesetzten Zusammenhänge weitgehend bestätigt werden.

Ähnlich wie von Steffen Mau et al. (2023) in ihren Studien herausgearbeitet, besteht (immer noch) ein breiter Konsens in der Bevölkerung: Demokratie ist

die weithin akzeptierte Staatsform. Rund 90 Prozent der Bevölkerung stimmen dem demokratischen Prinzip zu – meist verbunden mit einer Ablehnung autoritärer Staatsformen und deren Problemlösungsansätze. 2023 findet sich (auch) noch eine Mehrheit, die zufrieden ist mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Auch das Institutionenvertrauen ist noch ausgeprägt, allerdings nimmt es dort ab, wo nach dem Vertrauen in den engeren politischen Bereich, also in das Parlament und die Kompetenz von Abgeordneten und Regierung, gefragt wird. Es zeigen sich allerdings deutliche und zunehmende Unterschiede zwischen Ost und West (vgl. Abbildung 2).

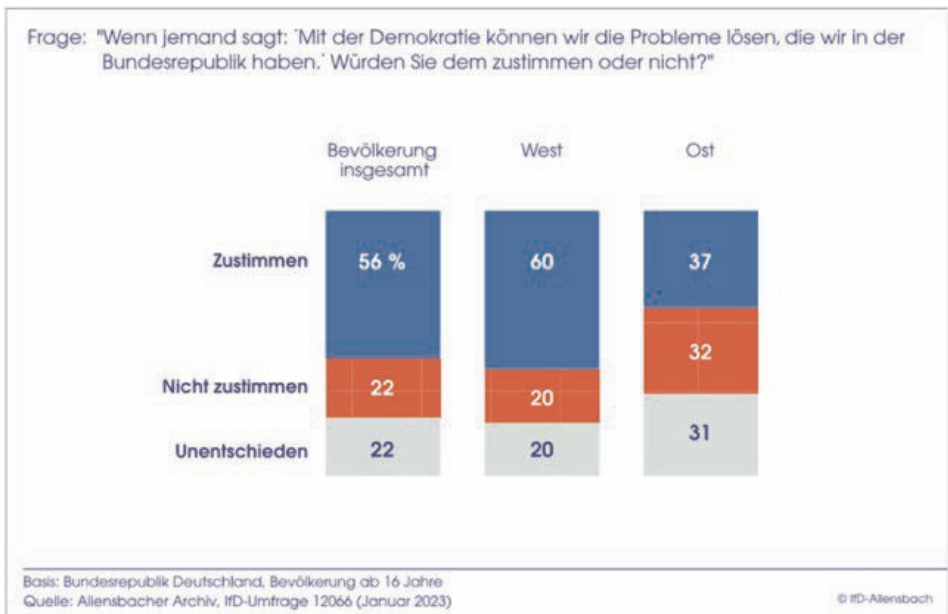


Abbildung 2: Die Mehrheit findet, die Probleme können mit der Demokratie gelöst werden (Quelle: Haumann 2024: 40)

Auch in der Vergangenheit gab es Schwankungen in dem Demokratie- und Institutionenvertrauen in Deutschland. Dabei ist auffällig, dass die Schwankungen in Ostdeutschland respektive in den ostdeutschen Bundesländern besonders ausgeprägt sind und waren (vgl. Wellmer 2024). Das grundsätzliche Vertrauen in die Demokratie als Staatsform und in die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen wird allerdings zunehmend begleitet von Zweifeln, dass ihre Anliegen seitens der Politik berücksichtigt werden. Die Responsivität des politischen Systems nimmt ab. Auch bestehen Zweifel an der Selbstwirksamkeit und Möglichkeiten, sie zu erfahren. Bei den Engagierten und denjenigen, die regelmäßig zur Wahl gehen, ist

das Selbstwirksamkeitserleben deutlich ausgeprägter als bei den Nichtengagierten. Auch hier zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Engagement, Systemvertrauen und Wahlbeteiligung, der für das Konzept der demokratischen Integration konstitutiv ist. Insbesondere in Ostdeutschland ist ein Vertrauensverlust gegenüber den etablierten Parteien und ihrer Performance festzustellen. Trotzdem bleiben das politische Interesse und die politische Information für eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bedeutsam (Abbildung 3).

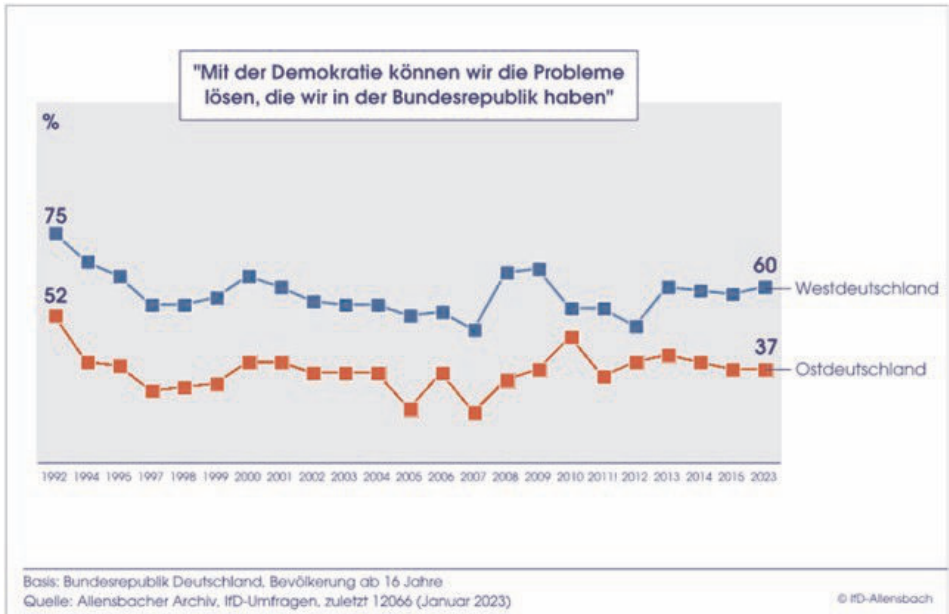


Abbildung 3: Problemlösungskompetenz der Demokratie (Quelle: Haumann 2024: 41)

Nur wenige haben sich ganz von Politik und gesellschaftlichen Entwicklungen abgewandt. Bei diesen findet sich auch ein anderes Informationsverhalten, das sich in der Mediennutzung abbildet. Die partizipativen Dimensionen der demokratischen Integration, die auch ihren Ausdruck im politischen Interesse und der Information über das politische Geschehen finden, sind weiterhin stark verankert. Das gilt auch für das freiwillige Engagement, das eine große Rolle für die gesellschaftliche und politische Teilhabe spielt: Etwa die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger sind auf unterschiedliche Weise engagiert, ein Drittel etwa in festen Organisationen und mit klaren Verantwortungsrollen und Ämtern. Die Vorstudien bestätigen den Zusammenhang zwischen Einstellungen und Aktivitäten: Einstellungen zur Demokratie und Formen des Engagements und der Wahlbeteiligung.

Sie sind eng miteinander verbunden. Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern, deren Mitglieder überdurchschnittlich häufig vom Funktionieren der Demokratie überzeugt sind, tendieren weitaus eher zum Vertrauen gegenüber den Institutionen. Auch beteiligen sie sich häufiger an Wahlen und übernehmen auch beim freiwilligen Engagement öfter Ämter und feste Aufgaben als andere. Engagement und Wahlverhalten können damit als Indikatoren für die anderen Dimensionen der Demokratieverankerung genutzt werden: Darauf baut das Konzept der demokratischen Integration auf. Die so bestätigten Zusammenhänge bedürfen gleichwohl jeweils genauerer Analysen. Aus einer Zeitreihenbetrachtung lässt sich folgern, dass es zumindest in den zurückliegenden Jahren keine grundsätzlichen Veränderungen der für die demokratische Integration maßgeblichen Variablen gab. Das Institutionenvertrauen ist in Zeiten der Krisen zurückgegangen. Mit Blick auf die Funktionsfähigkeit der Demokratie verändert dies aber das Bild nicht substantiell. Durch die zwischen 2017 und 2021 gewachsene Bereitschaft von politischen Unzufriedenen, sich an der Bundestagswahl zu beteiligen, schwächte sich die Korrelation zwischen Wahlbeteiligung und anderen Indikatoren der demokratischen Integration leicht ab. Diese Abschwächung könnte sich weiter vertiefen. So kann aus der regionalen Wahlbeteiligung nicht mehr mit der gleich hohen Wahrscheinlichkeit auf die ›demokratische Integration‹ der Region geschlossen werden wie zuvor. Das gilt es bei der Integration der Analysen zu den Berechnungen des Monitorings zu berücksichtigen.

Und noch einen bedeutenden Befund haben die Vorstudien hervorgebracht: Für soziale, regionale und politische Teilgruppen konnten jene identifiziert werden, in denen sich überdurchschnittlich viele Personen mit Distanz zu demokratischen Systemen finden. Zu ihnen gehören:

- Menschen mit geringem sozialökonomischem Status,
- Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Bundesländern sowie
- Anhängerinnen und Anhänger der AfD, die sich in ihrer Kritik und Unzufriedenheit deutlich von den Anhängerschaften der ›etablierten‹ Bundestagsparteien unterscheiden.

Auch unabhängig davon, dass die Vorstudien den Ansatz der demokratischen Integration grundsätzlich als tragfähiges Konzept bestätigt haben, weisen die Vorstudien auf ausgesprochen interessante und wichtige Zusammenhänge von Einstellungen und Aktivitäten hin, die gerade auch für das Thema Engagement und Ehrenamt von Bedeutung sind. Auch machen sie deutlich, wie sich grundsätzliche Einstellungen zur Demokratie lösen und entfernen von den Einstellungen und Bewertungen der aktuellen Performance der für die demokratischen Institutionen maßgeblich verantwortlichen Institutionen und Akteure.

2.4 Das Monitoring 2.0: Zwischen Kontinuität und Limitationen

Mit dem Monitoring Demokratische Integration wurde Neuland in der Engagementförderung betreten: demokratische Integration als ein Merkmal von Regionen zu untersuchen, war und ist auch international ein ›Sonderweg‹. Der stieß auf große Resonanz – nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Diskussionen um gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland. Diese sind in vielfältiger Weise nicht Realität. Umso wichtiger erscheint es, sie auch politisch gestaltend in den Blick zu nehmen. Das gilt auch für die ›Demokratie- und Engagementpolitik‹, wenn man denn hier von einem Politikbereich sprechen kann und sollte. Ein Monitoring lebt von der Kontinuität in der Methodik. Diese Kontinuität wurde im Monitoring 2.0 institutionell dadurch gewährleistet, dass das Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaften (FIFAS e. V.) die Berechnungen wie schon beim ersten Monitoring durchführte und auch dadurch, dass die Methodik im Prinzip beibehalten, wenn auch weiterentwickelt, wurde. Sie musste insbesondere hinsichtlich der genutzten Indikatoren angepasst werden, um die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse zu berücksichtigen, die Einfluss auf die zugrunde liegenden Annahmen entfalten. Welche gesellschaftlichen Wandlungseffekte mit zu berücksichtigen waren, ergibt sich auch aus den vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführten Vorstudien. Sie beziehen sich insbesondere auf die Dimension Wahlbeteiligung, die im Monitoring 2.0 ›differenzierter‹ betrachtet wurde. Die Zunahme von sogenannten ›Protestwählern‹ galt es zu reflektieren. Ein Monitoring baut grundsätzlich darauf, dass die auszuwertenden Datensätze kontinuierlich und fortgeschrieben vorliegen. Dies ist bezogen auf die herangezogenen Datensätze leider nicht in jeder Hinsicht der Fall. Die Daten zur Wahlbeteiligung liegen vor, auch die zum Engagement: Die weiteren Strukturmerkmale von Regionen, auf die im Monitoring abgehoben wird, basieren leider nicht auf Datensätzen, die dauerhaft und auch auf der Aggregationsebene der 96 Planungsregionen vorliegen. Es wurde aber insofern die Kontinuität des Monitorings beibehalten, als dass hinsichtlich sozialer Strukturen auf die Urbanität der Regionen, die Verbreitung von Familismus (familiäre Lebensweise) als Lebensform, den demografischen Druck durch einen hohen Anteil älterer Menschen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Region, die relative Benachteiligung und die Belastung der Bevölkerung durch Kriminalität abgehoben wurde. Insofern wurde die Kontinuität des ersten Monitorings gewahrt, auch wenn die zur Messung der sozialen Struktur genutzten Datensätze aus den vorstehend genannten Gründen (Diskontinuität der Daten) (leicht) verändert werden mussten. Das Monitoring 2.0 dokumentiert die großen Unterschiede zwischen den Regionen in den Niveaus Demokratischer Integration (vgl. Abbildung 4 und Abbildung 5). Abbildung 4 weist das jeweilige Niveau demokratischer Integration aus. Die Farbe hellgelb kennzeichnet ein niedriges Niveau, während rot markierte Regionen ein hohes Niveau anzeigen. Abbildung 5 weist die für die regionalen Strukturbedingungen maßgeblichen Kennziffern in ihrer Entwicklung von 2008 bis 2019 aus.

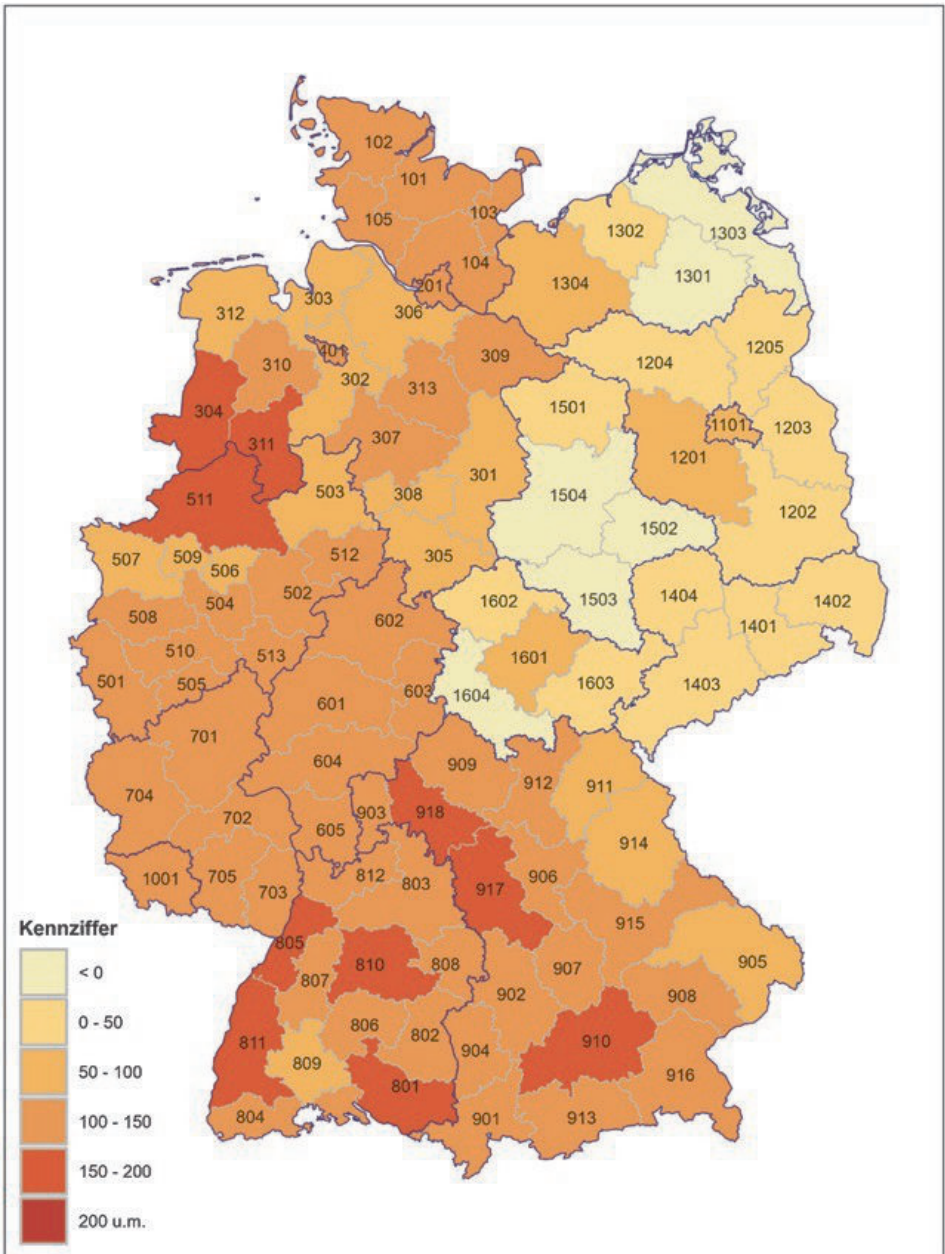


Abbildung 4: Demokratische Integration 2019 in den 96 Raumordnungsregionen Deutschlands (Die Wertebereiche der farblichen Abstufung entsprechen jeweils einer Standardabweichung [= 50] vom Mittelwert [= 100]) (Quelle: Spiegel 2024: 121)

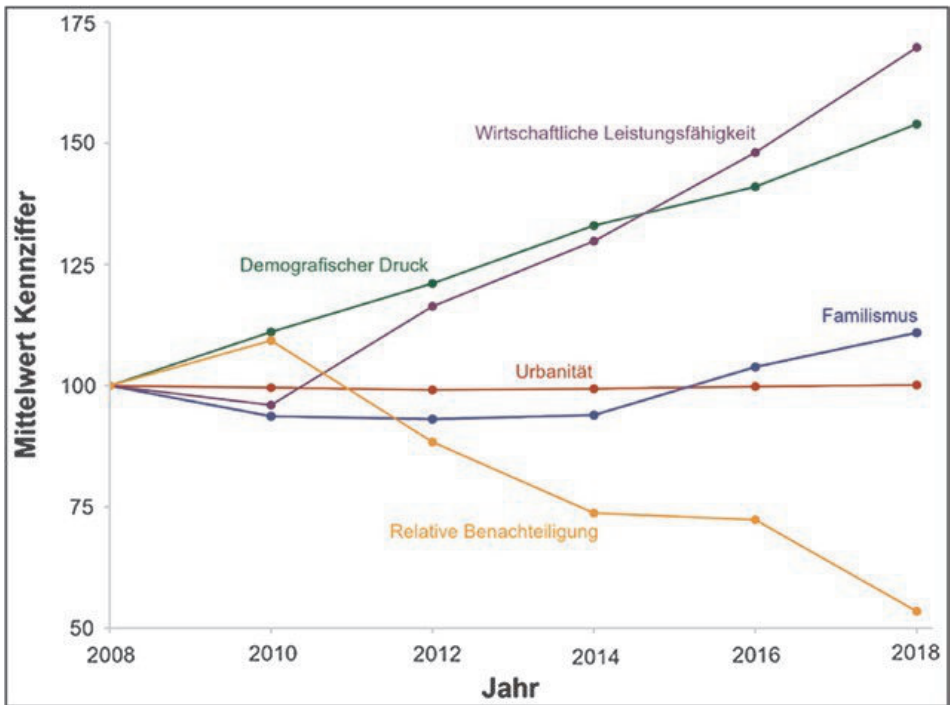


Abbildung 5: Entwicklung der durchschnittlichen Kennziffern für soziale Strukturen in den 96 Raumordnungsregionen Deutschlands 2008 bis 2018 (Die Kennziffern für 2010 bis 2018 sind auf das Basisjahr 2008 normiert) (Quelle: Spiegel 2024: 207)

Das Monitoring 2.0 bestätigt die schon im Monitoring 1.0 aufgezeigten Trends. Während eine bundesweite Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – auch und gerade in den ostdeutschen Bundesländern – zu verzeichnen ist, zeigt sich ein ›Fahrstuhleffekt‹, da die Rangfolge der Regionen im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nahezu unverändert bleibt. Auch der demografische Druck nimmt weiter zu. Das überrascht in keiner Weise, da sich die demografische Transformation insgesamt in der Bevölkerung und in Deutschland als Megatrend abbildet. Allerdings sind manche Regionen von dem demografischen Druck, das heißt von einer besonders großen Zahl älterer Menschen bei einer zurückgehenden Zahl junger Menschen, besonders betroffen. Das sind insbesondere Regionen mit einer geringen Zuwanderung. Regionen mit einem ausgeprägten demografischen Druck weisen ein niedriges Niveau demokratischer Integration auf: Ein Zusammenhang, der sehr ernst zu nehmen ist und auch politische Interventionen nahelegt. Die entfaltete Diskussion um Einsamkeit und Ressentiments (vgl. Kersten et al. 2024) greift ebenfalls Phänomene auf, die in

Regionen mit einem ausgeprägten demografischen Druck wahrzunehmen sind. Die relative Benachteiligung der Bevölkerung hat insgesamt abgenommen, wie auch die Zahlen der Arbeitslosen deutlich zurückgegangen sind. Ein Rückgang ist ebenso bei der Belastung mit Kriminalität zu verzeichnen. Diese Entwicklungen im Zeitverlauf zeigen sich in den 96 Planungsregionen recht unterschiedlich. So ergeben sich weiterhin große Unterschiede der demokratischen Integration in den Raumordnungsregionen, die sich in sehr hohem Maße durch die Einflüsse der zu berücksichtigenden Strukturmerkmale erklären lassen (Abbildung 6). Abbildung 6 zeigt die soziologischen Analyseergebnisse von Zusammenhängen von regionalen Strukturbedingungen und Demokratischer Integration (zur Methodik vgl. Spiegel 2024: 205–208)

Als Haupteinflussfaktoren lassen sich der demografische Druck einerseits und (indirekt gemessen) die für westliche und östliche Bundesländer typischen Strukturmerkmale ausmachen. Dabei wird zu diskutieren sein, ob das, was wir demokratische Integration nennen und das dem Konzept der demokratischen Integration zugrunde liegende Demokratieverständnis in den ostdeutschen Bundesländern auch auf eine andere Geschichte, Mentalität und andere kollektiven Erfahrungen trifft (vgl. Wellmer 2024). Uns ist bewusst, dass mit dem weiterhin relevanten und reizvollen Ansatz des Monitorings Demokratische Integration methodisch ein von Risiken gekennzeichnetes Terrain betreten wurde. Die zur Analyse der Strukturmerkmale herangezogenen verfügbaren Datensätze unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Aussagekraft. Dies wurde bei den Berechnungen sorgfältig geprüft und jeweils auch referiert. Insofern bleibt das Monitoring Demokratische Integration 2.0 in gewisser Weise experimentell. Jedoch nicht nur Personen und Milieus, sondern auch Regionen als bedeutsame Aggregate für demokratische Integration in den Blick zu nehmen, bleibt u. E. wichtig. Der mit dem ersten Monitoring Demokratische Integration eingeschlagene Weg sollte daher fortgesetzt werden.

Durch die Vorstudien wurden die möglichen Einflüsse von gesellschaftlichen und globalen Krisen berücksichtigt, sodass in seriöser Weise eine Fortsetzung und Replikation des Monitorings durchgeführt werden konnte. Es wurde ebenso geprüft, ob weitere Indikatoren, etwa der Gesundheitsstatus der Bevölkerung miteinbezogen werden sollte (vgl. Bericht zur ersten Vorstudie: Klie 2021). Es wurde eine umfassende Sichtung von relevanten und verfügbaren Datensätzen, die sich bis auf die Ebene der Planungsregionen auswerten lässt, vorgenommen. Wir haben uns entschieden, bei den im ersten Monitoring entwickelten Strukturmerkmalen – mit einigen kleineren Variationen – zu bleiben. Die Zusammenhänge zwischen sozialen Strukturen und dem Ausmaß demokratischer Integration auf regionaler Ebene konnten, wenn auch weniger prägnant, herausgearbeitet und dokumentiert werden. Sie bleiben relevant. Das Niveau dessen, was demokratische Integration genannt wird, lässt sich auch im Zusammenhang mit den Dynamiken zugunsten rechtspopulistischer und demokratiefeindlicher Dynamiken diskutieren. Gerade hier gilt, dass ein eindeutiger Zusammenhang zwischen soge-

nannter Strukturschwäche und Demokratiefeindlichkeit respektive dem Erstarken des Rechtspopulismus nicht gegeben ist. Wie schon für die europäische Ebene festgestellt (vgl. Blinkert/Klie 2018), beeinflussen Werthaltungen und politische Kultur die Problemdeutung. Insofern wird man nicht allein mit Maßnahmen etwa zur Infrastrukturentwicklung dem Rechtspopulismus entgegentreten können (vgl. Klärner 2023).

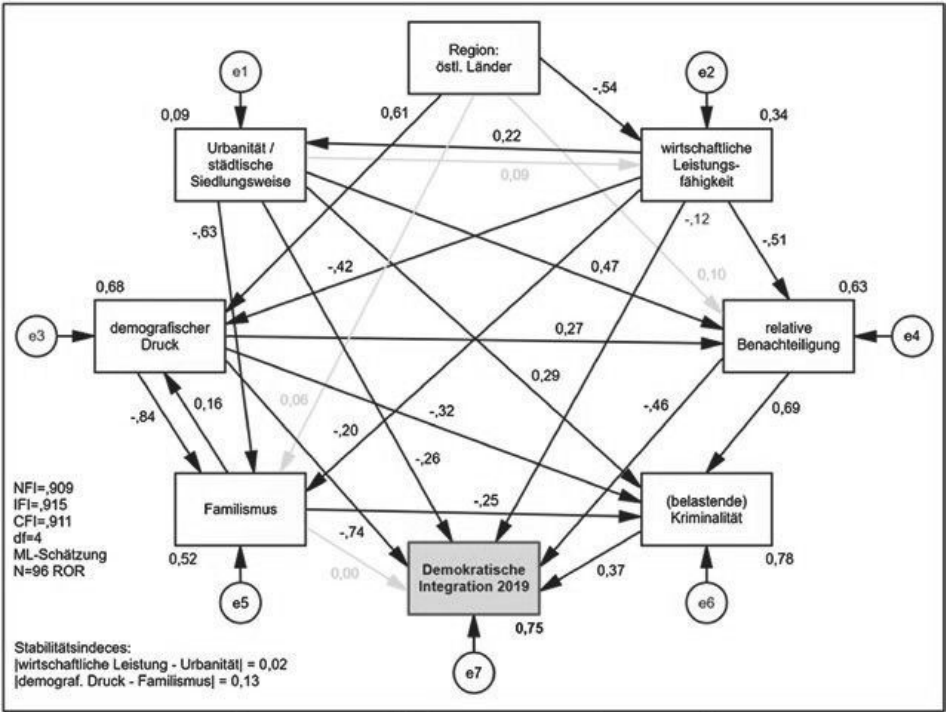


Abbildung 6: Erklärmodell soziale Strukturen und demokratische Integration 2019 (Quelle: Spiegel 2024: 208)

Das Monitoring Demokratische Integration 1.0 und 2.0 beruht auf Daten aus einem Zeitraum wirtschaftlicher Prosperität in Deutschland. Es ist eine für die Zukunft hoch bedeutsame Frage, wie sich die aktuellen und die Krisen der letzten Jahre und die erwartbaren Wohlstandseinbußen auf die demokratische Integration in Deutschland insgesamt und in den Regionen auswirken werden.

3. Haltung zeigen: Integrationskraft Demokratie

Die Ergebnisse des Monitorings ›Demokratische Integration 2.0‹ wurden im Dezember 2024 in der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommerns unter dem Titel ›Integrationskraft Demokratie‹ vor- und zur Diskussion gestellt. Die das Monitoring ›Demokratische Demokratie 2.0‹ fördernde Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt ist hervorgegangen aus der Kommission ›Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Deutschland‹ und soll einen Beitrag zur Gleichwertigkeit dadurch leisten, dass es Ehrenamt und Engagement jeweils mit einem ausgewiesenen Regionalbezug fördert.

Das Monitoring ›Demokratische Integration 2.0‹ konnte insbesondere in den Vorstudien herausarbeiten, wie bedeutsam eine tragfähige Infrastruktur vor Ort, insbesondere hinsichtlich der gesundheitlichen Versorgung, für das Systemvertrauen der Bevölkerung ist. Auch konnte gezeigt werden, wie bedeutsam die in der Bürgerschaft verankerten Erfahrungen sind, die Gesellschaft vor Ort im Ehrenamt und im bürgerschaftlichen Engagement mitgestalten zu können. Engagierte Bürgerinnen und Bürger zeigen ein wesentlich höheres Maß an Systemvertrauen als Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht engagieren, respektive bisher keine Chance hatten, Selbstwirksamkeitserfahrungen in Zusammenhang mit Engagement sammeln zu können. Demokratieerfahrungen werden primär vor Ort gesammelt. Insofern besteht die Ressource der Erneuerungsfähigkeit von Demokratie vor allen Dingen vor Ort.

Die Programme der für die Engagementförderung zuständigen Ministerien und neuerdings des Bundeskanzleramtes, zielen auf die Eröffnung entsprechender Erfahrungsräume und kollektiv gesammelter Erfahrungen der Mitgestaltbarkeit einer Gesellschaft im demografischen und gesellschaftlichen Umbruch. Das gilt auch für das Projekt ›Kunst der Daseinsvorsorge‹. Die Erfahrung der Gestaltbarkeit von Lebensbedingungen vor Ort und der Daseinsvorsorgeaufgaben in den jeweiligen Städten und Gemeinden werden als notwendig für die Integrationskraft Demokratie angesehen werden können. Sie sind aber nicht hinreichend. Die Forschungen zu den Strukturbedingungen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene weisen aus: auch die Strukturbedingungen und eine entsprechende Strukturförderpolitik sind weiterhin bedeutsam. Zu diesen Forschungen zum Engagement, die sich nicht allein auf Fördermaßnahmen beziehen, leistet das Monitoring ›Demokratische Integration‹ einen eher als experimentell zu bezeichnenden Beitrag.

Literaturverzeichnis

Adloff, F./Caillé, A. (2022): *Convivial Futures. Views from a Post-Growth Tomorrow* (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft), Bielefeld: transcript. Link: <https://library.oapen.org/bits/tream/id/5b353f8b-b2f9-4ea9-8e03-5fd94b9842f7/9783839456644.pdf> (zuletzt abgerufen am 14.07.2025).

- Blinkert, B./Klie, T.* (2018): Zivilgesellschaftliches Engagement in Deutschland und Europa, in: Klie, T./Klie, A. W. (Hrsg.): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht, Wiesbaden: Springer-Verlag (Bürgergesellschaft und Demokratie), 339–424.
- Blinkert, B./Klie, T./Rischart, P./Siegel, I.* (2019): Demokratische Integration in den Raumordnungsregionen von Deutschland, in: Klie, T. (Hrsg.): Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland, Wiesbaden: Springer-Verlag, 31–114.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (2023): Deutscher Freiwilligensurvey 2019. Unter Mitarbeit von infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft und Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Hrsg.) (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: »Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung« (Bundesdrucksache, 18/11800).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (2016): Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Zentrale Ergebnisse. Hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin.
- bpb – Bundeszentrale für politische Bildung* (Hrsg.) (2024): Demokratie und Partizipation (bpb:Magazin, #25). Link: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/6827_bpb-mag25_Buch_240315_Online_.pdf (zuletzt abgerufen am 21.04.2024).
- Dehn, P./Klie, T.* (2024): Daseinsvorsorge – gemeinwirtschaftlich und engagementgetragen. Erträge aus einem explorativen Forschungsprojekt, in: Z'GuG, Jg. 47/H. 3, 406–441.
- Evers, A. T./Klie, T./Roß, P.-S.* (2015): Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik, in: APuZ, Jg. 65/H. 14–15, 3–9. Link: <http://www.bpb.de/apuz/203531/die-vielfalt-des-engagements?pall> (zuletzt abgerufen am 18.04.2024).
- Haak, S.* (2024): »Kommunikation im Internet kann den Straßenprotest nicht ersetzen.« Interview mit Dieter Rucht, in: bpb:magazin, H. 25, 6–13. Link: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/6827_bpb-mag25_Buch_240315_Online_.pdf (zuletzt abgerufen am 18.04.2024).
- Haumann, W.* (2024): Feste Demokratieverankerung – mit Ausnahmen. Die Ergebnisse der Vorstudien, in: Thomas, K. (Hrsg.): Demokratie, Engagement und Systemvertrauen. Zusammenhänge, Dynamiken und regionale Strukturbedingungen, Wiesbaden: Springer VS, 25–74.
- Kersten, J./Neu, C./Vogel, B.* (2024): Einsamkeit und Ressentiment, Hamburg: Hamburger Edition.
- Klärner, A.* (2023): Demokratiefeindliche Tendenzen in ländlichen Räumen. Unveröffentlichter Vortrag bei der 4. Sitzung des Sachverständigenrats Ländliche Entwicklung am 17.10.2023 in Berlin. Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen.
- Klie, T.* (Hrsg.) (2019): Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland. Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze); Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft e. V. (FIFAS), Wiesbaden: Springer-Verlag.
- Klie, T.* (2021): Monitoring »Demokratische Integration« in: Deutschland 2.0. Bericht zur Vorstudie. Unter Mitarbeit von Isabel Schön. Hrsg. v. Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze), Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt: Freiburg. Link: https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/wp-content/uploads/2022/11/2022-10-21_DSEE_DI_2.0_Bericht-zur-Vorstudie-2021_web-1.pdf (zuletzt abgerufen am 21.04.2024).

- Klie, T. (2023): Demokratische Resilienz. Was macht eine widerstandsfähige demokratische Gesellschaft aus?, in: Außerschulische Bildung, Jg.54/H.1, 55–58.
- Klie, T. (Hrsg.) (2024): Demokratie, Engagement und Systemvertrauen. Zusammenhänge, Dynamiken und regionale Strukturbedingungen, Wiesbaden: Springer VS.
- Klie, T./Rischar, P./Siegel, I. (2019): Zusammenfassung und Ausblick, in: Klie, T. (Hrsg.): Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland, Wiesbaden: Springer-Verlag, 115–128.
- Lehmann, G. E. (1982): Menschsein ist Mitsein. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Mau, S./Lux, T./Westheuser, L. (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin: Suhrkamp.
- Nagel, E./Alber, K./Bayerl, B. (2010): Rationalisierung, Priorisierung und Rationierung – Konzepte zur Gesundheitsversorgung der Zukunft, in: Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen, Jg. 104/H. 5, 355–359.
- Rabe, J.-C. (2024): Kippt diese Demokratie? Rassismus, Rechtspopulismus und Sehnsucht nach Extremen in allen Debatten: Die Soziologen Hartmut Rosa und Steffen Mau im Gespräch über eine aufgewühlte Republik. Interview mit Steffen Mau und Hartmut Rosa, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 25.01.2024.
- Schulz-Nieswandt, F./Köstler, U./Mann, K. (2021): Kommunale Pflegepolitik. Eine Vision, Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Sloterdijk, P. (2009): Die Verachtung der Massen. Versuch über Kulturkämpfe in der modernen Gesellschaft, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Spiegel, J. (2024): Demokratische Integration Deutschland 2.0., in: Klie, T. (Hrsg.): Demokratie, Engagement und Systemvertrauen. Zusammenhänge, Dynamiken und regionale Strukturbedingungen, Wiesbaden: Springer VS, 75–222.
- Wellmer, J. (2024): Die neue Entfremdung. Warum Ost- und Westdeutschland auseinanderdriften und was wir dagegen tun können, Köln: Kiepenheuer & Witsch.

